



2004/22 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2004/22/moerder-unter-dem-edelweiss>

Mörder unter dem Edelweiß

Von **Anke Schwarzer**

Laufende Ermittlungen und eine neue Kampagne gegen NS-Verbrecher könnten die Stimmung beim Gebirgsjägertreffen in Mittenwald trüben. von anke schwarzer

Brauchtum wird in Mittenwald groß geschrieben. Sein Erhalt und die »Pfleger von Traditionen sind Zeugen von einer noch heilen Umwelt«, heißt es auf der Homepage des bayrischen Luftkurortes. Am Fuße des Karwendels finden allerdings nicht nur Schützen- und Trachtenfeste statt. Seit 1952 treffen sich jedes Jahr an Pfingsten Wehrmachtsveteranen und Gebirgsjäger der Bundeswehr zur größten Soldatenfeier Deutschlands.

In der Verbandszeitschrift des Traditionsverbands Kameradenkreis der Gebirgstruppe heißt es: »Möge der Kameradschaftsabend am Samstag und das Treffen am Sonntag dazu dienen, ein Wiedersehen unter alten Kameraden und ein Kennenlernen neuer zu ermöglichen.« Der Verein lädt zur Gedenkfeier für die Toten der Gebirgstruppe zum Hohen Brendten. Dort schrieben Unbekannte am 8. Mai auf das Ehrenmal die Namen von Orten, in denen die Gebirgsjäger Massaker verübt hatten: »Mörder unterm Edelweiss. Wir trauern um die Opfer der Gebirgstruppe: Kommeno, Lingiades, Kephalaria, Korfu, Vercors, Camerino.« An Pfingsten soll während eines Feldgottesdienstes ein neues Lärchenkreuz vor dem angepinselten Denkmal geweiht werden. Und in der Mittenwalder Karwendelkaserne wird es am Samstag einen Tag der Offenen Tür geben mit Handwaffenschau, Maultieren, Panzerfahrten und Übungen an der Gebirgshaubitze.

Die Gebirgsjäger sind in Mittenwald wie auch an den Standorten Schneeberg im Erzgebirge, Füssen, Bad Reichenhall und Berchtesgaden stationiert. Sie waren für zahlreiche Massaker im Zweiten Weltkrieg verantwortlich. Allein in Griechenland, das fast vier Jahre von faschistischen Truppen besetzt war, wurde nachweislich über ein Dutzend der insgesamt 66 Massaker von den Gebirgsjägern verübt. Heute zählen die Einheiten der Gebirgsjäger zu den Elitetruppen der Bundeswehr, die seit Mitte der neunziger Jahre an Einsätzen der Sfor und Kfor im früheren Jugoslawien und der Isaf in Afghanistan beteiligt sind. Ihre Verbindungen zu den Traditionsgemeinschaften sind im Vergleich zu anderen Truppengattungen der Bundeswehr besonders ausgeprägt.

Der Traditionsverband hat rund 8 000 Mitglieder, zu den prominentesten unter ihnen gehört Edmund Stoiber. Bei einem der letzten Treffen sagte er nach Angaben des Fernsehmagazins »Monitor« in einem Grußwort: »Als bayrischer Ministerpräsident, der seinen Grundwehrdienst

bei den Gebirgsjägern abgeleistet hat, bin ich natürlich stolz auf diese spezifisch bayrische Truppe und ihre Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart.«

Unter dem Motto »Die Mörder sind unter uns!« organisieren die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) und der Arbeitskreis »Angreifbare Traditionspflege« wie im vergangenen Jahr eine Gegenveranstaltung mit Beiträgen zu den NS-Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger in Frankreich, Italien und Griechenland und zum bewaffneten Widerstand gegen die Deutschen. Eingeladen sind Jacob Baruch »Jacquot« Szmulewicz, ein jüdischer Partisan aus Frankreich, und Panagiotis Babouskas, ein Überlebender des Massakers im griechischen Lyngiades. Außerdem sind eine Demonstration in Mittenwald sowie eine Kundgebung gegen das Pfingsttreffen am Hohen Brendten geplant. Damit soll auch der Kampf der Überlebenden und Angehörigen der Opfer um Entschädigung unterstützt werden. Während die Mörder von einst strafrechtlich nicht verfolgt wurden und von staatlichen Renten leben, haben die meisten Opfer bis heute keine Entschädigung erhalten. Kein deutscher Soldat, Beamter, SS-Mann oder Polizist ist jemals von einem Gericht der Bundesrepublik für Verbrechen in Griechenland verurteilt worden.

Ermittlungsverfahren gegen mehrere Gebirgsjäger wurden vor über 30 Jahren wegen angeblichen Beweismangels eingestellt. Seit einigen Jahren nun werden wieder Befragungen durchgeführt, nachdem Historiker und Journalisten neue Zeugen und historische Belege vorlegten.

»Ich bin eifrig dabei zu ermitteln«, sagt Staatsanwalt Ulrich Maaß, der zuständig ist für den Fall des Massakers an mindestens 4 000 italienischen Kriegsgefangenen auf Kephania. Der Leiter der nordrhein-westfälischen Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Dortmund hat mittlerweile zwei Fälle gegen einen ehemaligen Feldwebel und einen Offizier an die zuständige Staatsanwaltschaft München weitergeleitet, da bei ihnen klare Erschießungsmaßnahmen vorlägen. »Im Auge habe ich auch einen weiteren Fall, bei dem eine Anklage möglich erscheint«, sagt Maaß. Aber es sei schwierig, die Fäden zu knüpfen. »Man trifft auf ein Kartell des Schweigens.« Besonders häufig erklärten die Wehrmachtveteranen bei den Befragungen, dass sie an dem betreffenden Tag gerade in der Küche Dienst gehabt hätten, dass sie krank oder im Urlaub gewesen seien. »Ich wäre heilfroh, wenn die Sache in München nun endlich durchkommt«, sagt der Staatsanwalt. Doch dort wurde noch keine Anklage erhoben. »Seit Anfang 2004 läuft ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Personen wegen Mordes«, sagt Oberstaatsanwalt Stephan Reich. Wann und ob es überhaupt zu einer Anklage komme, sei unklar. »Es wird längere Zeit in Anspruch nehmen«, heißt es. Außerdem seien die Beschuldigten sehr alt. »Ob sie noch vernehmungsfähig sind, steht in den Sternen«, sagt Reich. Wegen anderer Massaker, etwa in Kommeno, würden weiterhin Zeugen befragt.

Die Ermittlungen laufen schleppend, die zuständigen Stellen sind unterbesetzt. Außerdem besteht das juristische Problem, dass den Tätern Mord nachgewiesen werden muss, denn Totschlag ist längst verjährt.

Vielleicht hilft den deutschen Behörden das Simon-Wiesenthal-Zentrum auf die Sprünge. Die jüdische Menschenrechtsorganisation will erreichen – wie in 84 Fällen bereits geschehen –, dass weiteren NS-Tätern oder deren Witwen die Kriegsoffiziersrente entzogen wird. Um diese Rente zu streichen, müsse die betreffende Person selbst gestanden haben oder Zeugen müssten dem Täter Verstöße gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit nachweisen können, erklärt ein Mitarbeiter des Simon-Wiesenthal-Zentrums. Eine strafrechtliche

Verurteilung sei dafür nicht nötig. In 178 Fällen werde noch ermittelt und immer wieder tauchten neue Namen und bislang unbekanntes Material auf. Die Aberkennung von Kriegsoferrenten wurde 1998 möglich, als ein entsprechendes Gesetz geschaffen wurde. »Ich bin sehr froh, dass diese Möglichkeit existiert«, sagt der Leiter des Jerusalemer Simon-Wiesenthal-Zentrums, Efraim Zuroff. Allerdings erfahre das Zentrum nicht, wem die Rente entzogen wurde, was die weitere Arbeit erschwere, kritisiert er. Die Versorgungsämter weigerten sich aus Datenschutzgründen, die Namen zu nennen.

Auch die »Operation letzte Chance« des Simon-Wiesenthal-Zentrums, die im Juni in Deutschland beginnen soll, könnte so manchem Gebirgsjäger der Wehrmacht das Leben schwer machen. Nach Angaben Zuroffs sind Zeitungsanzeigen und eine Telefon-Hotline geplant. Für Hinweise, die zur Verurteilung eines Naziverbrechers führen, setzt das Zentrum eine Belohnung von 10 000 Dollar aus.

Wie viele Naziverbrecher in Deutschland noch aufgespürt werden? »Niemand weiß es«, antwortet Zuroff. Er verweist aber auf die erfolgreichen Aktionen in anderen Ländern. So seien allein in den baltischen Staaten Hinweise zu 241 Personen eingegangen und mindestens zwei Ermittlungsverfahren wegen Mordes eingeleitet worden. Die Aktion »letzte Chance« lief bisher in Lettland, Litauen, Estland, Rumänien, Polen und Österreich. »Die Ergebnisse zeigen, dass Gerechtigkeit erreicht werden kann, wenn genügend Ressourcen und innovative Methoden eingesetzt werden«, sagt Zuroff.